

Experten fordern Regulierung des Wohnungsmarktes

Geringverdiener müssen mehr als die Hälfte des Einkommens für die **Miete** aufwenden

HAMBURG :: Die zweite Konferenz zur Sozialen Spaltung, die gestern in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften stattgefunden hat, endete mit deutlichen Forderungen an Politik und Verwaltung.

„Hamburg darf die Wohnraumversorgung der Bevölkerung nicht allein den Kräften des Marktes überlassen“, sagte Jörg Herrmann, Leiter der Evangelischen Akademie und Mitorganisator der Veranstaltung. Der Staat sei verpflichtet, regulierend in den Mietwohnungsmarkt einzugreifen.

Anders als von offizieller Stelle immer wieder behauptet, gebe es in Hamburg eine dramatische Wohnungsknappheit vor allem im Bereich kleiner Wohnungen zu moderaten Mieten. Oft müssten Haushalte mit niedrigem Einkommen mehr als die Hälfte ihrer Einkommen für Miete aufwenden.

Das Kapital konzentriert sich auf leicht vermietbare Wohnungen

Auch Kommunal- und Unternehmensberater Jan Kuhnert plädierte dafür, die Bundeszuständigkeit für Wohnungspolitik und Wohnungsbauförderung wiederherzustellen. Der Wohnungsmarkt habe sich von einem politisch geregelten zu einem stark liberalisierten Markt für Kapitalanleger gewandelt, kritisierte er. Das Kapital konzentriere sich auf Gebiete mit leicht vermietbaren Beständen, sodass in weniger attraktiven städtischen Quartieren kaum modernisiert werde.

Tobias Behrens von der Hamburger Stadtentwicklungsgesellschaft „Stattbau“ sprach sich gegen das Höchstgebotsverfahren aus, das bei der Vergabe von Grundstücken durch die Stadt gilt. Statt dessen forderte er, qualifizierte Konzepte zu entwickeln, die die sozialen Belange berücksichtigen. (fru)